

Positionspapier: Stand und Perspektiven ehrenamtlich tätiger botanischer Verbände und Vereinigungen in Deutschland

Einleitung

Am 16.6.2002 trafen sich in Bayreuth auf Einladung des Arbeitskreises BOTANIK des LBV und des Bundesfachausschusses BOTANIK des NABU Vertreter von sieben botanischen Vereinigungen aus der Bundesrepublik. Grundthema des Meinungsaustausches war die Bestandsaufnahme der Situation der ehrenamtlichen Botanik in Deutschland. Es sollten Ziele und Perspektiven besprochen und in eine gemeinsame Position überführt werden. Die Veröffentlichung in der Pulsatilla soll nicht nur den erarbeitenden Stand der Diskussion wiedergeben, sondern auch Anstoß für die im Juni nicht anwesenden floristisch-vegetationskundlichen Gruppierungen sein, die Diskussion aufzugreifen und an ihrer Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Anfang Dezember 2001 fand in Augsburg eine Tagung mit dem Thema „Analyse der Artenschutzprogramme für Pflanzen in Deutschland“ statt. Als Kernerkenntnis blieb am Ende die Tatsache, dass zur erfolgreichen Sicherung der botanischen Biodiversität noch viele Hürden zu nehmen sind, politische, finanzielle, personelle, vor allem aber informative. Kooperation und Koordination scheinen stark verbesserungsbedürftig zu sein. Hier klaffen die Lücken zwischen Behörden, Wissenschaft und den ehrenamtlichen Botanikern, zwischen Forschung und Umsetzungspraxis weit auseinander.

Gleichzeitig müssen wir derzeit einen Schwund an ehrenamtlich tätigen Botanikern und einen Nachwuchsmangel in den Verbänden und floristischen Arbeitsgemeinschaften erleben. Die geobotanische Forschung und Ausbildung an den Universitäten wird mehr und mehr verdrängt, einhergehend mit einem Bedeutungsschwund des Natur- und Artenschutzes im Bildungswesen und im Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Noch nie wurde soviel über die Artenvielfalt geredet und dennoch zu wenig für ihren Erhalt und ihre Erforschung getan wie im Jahre 10 nach Rio und der Verabschiedung der Biodiversitätskonvention. Wir - der Bundesfachausschuss BOTANIK des NABU und der Arbeitskreis BOTANIK des LBV - halten daher ein engeres Zusammenrücken und eine Positions- und Zielbestimmung der ehrenamtlichen botanischen Vereinigungen in Verbindung mit Kooperationsangeboten „nach außen“ für erforderlich.

Die Sicherung der Biologischen Vielfalt und darunter die Erhaltung der Vielfalt an Pflanzen und Pflanzengemeinschaften ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Schutz der Pflanzenwelt dient in erheblichem Maß der Sicherung der Lebensqualität und der Erlebnisfähigkeit des Menschen. Sie ist daher eine zentrale Zukunftssicherung im Rahmen der AGENDA 21. Diese Querschnittsaufgabe wollen die floristisch-vegetationskundlichen Verbände und Vereinigungen zusammen mit Vertretern aus Behörden und Wissenschaft erfolgreich meistern.

Dazu beziehen die anwesenden Vereinigungen folgende Positionen:

Anforderungen steigen

Internationale Verpflichtungen wie die Umsetzung der Konvention zur Sicherung der Biologischen Vielfalt, die eben in Johannesburg erneut als globale Aufgabe bekräftigt wurden, und der Aufbau des europäischen Schutzgebietssystems NATURA 2000 mit seiner Festschreibung von Berichtspflichten und der Beobachtung von Zustandsveränderungen in den Natura-2000-Gebieten erfordern ebenso wie die Aktualisierung der Roten Listen oder die Erarbeitung von Zielartenkonzepten und bundesweiten Artenschutzprogrammen eine wirkungsvolle Präsenz der Botanik im staatlichen und ehrenamtlichen Naturschutz auf hohem qualitativem Niveau.

Erkenntnisse nehmen zu

Parallel zu den politischen und fachlichen Vorgaben verdichten sich heute die floristisch-vegetationskundlichen Erkenntnisse, die integriert und für die Naturschutzpraxis bis hinab auf die lokale Ebene aufbereitet werden müssen. Dazu zählen etwa die Ergebnisse flächendeckender Kartierungsprojekte. So wurden etwa in Thüringen und anderen Regionen aktuelle Verbreitungsatlanen erstellt. Forschungsergebnisse über Einzelarten oder Pflanzengesellschaften nehmen laufend zu. Zunehmend spielt die Bearbeitung kritischer Sippen wie etwa *Sorbus* eine wichtige Rolle. In Bayern basiert darauf ein großes Artenschutzprojekt. Ergebnisse von Wiederherstellungsprojekten müssen diskutiert und in Planungen integriert werden und nicht zuletzt sind es populationsökologische Forschungsarbeiten (z. B. Population Viability Analysis), die Auswirkungen auf die Gestaltung von Schutzprogrammen haben können.

Fachkräfte nehmen ab

Die erhöhten Anforderungen aus den internationalen und nationalen Verpflichtungen, die erhöhten fachlichen Anforderungen an den Naturschutz sowie der erweiterte Kenntnisstand fordern schon heute einen erhöhten Bedarf an staatlich finanziertem Fachpersonal, der Gefahr läuft, mittelfristig nicht mehr gedeckt werden zu können. Die Vereine und Verbände sind bestrebt, durch ein hohes fachliches Niveau ihrer Arbeit botanisches Wissen auch in Zukunft weiter vorzuhalten.

Forderung

Durch die verstärkte Einbindung der botanischen Vereinigungen und einer verbesserten Abstimmung von Schutzprogrammen kann der Überlastung des Fachpersonals entgegengewirkt werden.

Nationale Strategie zum botanischen Artenschutz

Was schon 2001 in Augsburg bei einer Artenschutztagung als Grundkonsens anklang, ist die Erarbeitung einer nationalen Strategie zum botanischen Artenschutz auf pflanzensoziologischer Grundlage überfällig. Um dabei den fachlichen, rechtlichen und politischen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine enge Zusammenarbeit aller Akteure aus Wissenschaft, Behörden, Verbänden und Vereinen unabdingbar. Ziel muss es sein, eine Stabilisierung der floristischen Vielfalt so schnell wie möglich zu erreichen.

Forderung

Die botanischen Vereinigungen fordern die Entwicklung von Kooperationsmodellen. Dazu könnten u. a. Arbeitsgruppen bei der Initiierung von Artenschutzprogrammen auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene eingerichtet werden. Der Informationsfluss von Fachdaten ist allseitig zu gewährleisten. Für die Arbeitsgruppen, Fachbeiräte und Koordinierungsstellen muss eine finanzielle Grundausstattung gesichert werden. Ziel ist der Aufbau eines transparenten, effizienten Naturschutznetzwerkes innerhalb der nächsten 3 Jahre.

Zu dieser Strategie gehört eine Bildungs- und Öffentlichkeitsoffensive

Für eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz dieser Naturschutzaufgaben ist eine stärkere Verankerung botanischer Themen in allen Bereichen der Bildungsarbeit notwendig. Das gilt ebenso für eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit bei botanischen Themen. Dies ist Aufgabe einer Politik, welche die Umsetzung der Biodiversitätskonvention ernst nimmt. Derzeit führt die Botanik ein Schattendasein.

Nachwuchsförderung ist das Gebot der Stunde. Die Informationszentren der Verbände und Vereine können hier wirksame Kondensationskerne sein. Von hier aus könnte auch die verstärkte Integration von Vertretern der botanischen Vereinigungen in Schul- und Lehrbetrieb koordiniert werden. Zentrales Ziel muss die Ausbildung von Multiplikatoren (Erzieher, Lehrer, etc.) in Schulen, Kindergärten, Hochschulen sein.

Viele Botanische Vereinigungen unterhalten oft nicht nur regional bedeutsame botanische Zeitschriften oder Informationsblätter. Diese stellen einen wichtigen Beitrag zur Forschung und Bildung dar und sind zu fördern. Auch in der Pressearbeit sind längst nicht alle Kapazitäten ausgeschöpft. Gespräche mit politischen Mandatsträgern sind verstärkt zu führen und im Vorfeld innerhalb der Akteure zu koordinieren.

Eine zentrale Zukunftsaufgabe der botanischen Vereinigungen könnte die Einrichtung von regionalen botanischen Informationsknoten im Internet sein. Darüber könnte auch deren Informationsaustausch gestärkt werden. Im Rahmen dieser Informationsknoten bestünden Mitwirkungsmöglichkeiten einer interessierten Öffentlichkeit.

Forderung

Die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der biologischen Vielfalt ist zu verstärken. Der Unterricht in Heimatkunde und Biologie soll sich wieder vermehrt dem Freiland widmen. Durch Geländepraktika, Projektstage, Bestimmungskurse oder Talentwettbewerbe muss eine aktive Nachwuchsarbeit gewährleistet sein. Die geobotanischen Lehrstühle an den Universitäten sind zu erhalten, statt bei Neubesetzungen die Fachrichtung zu ändern. Zusammen mit den Schulen und Hochschulen ist ein Umweltbildungsnetzwerk aufzubauen.

Für eine derartige Bildungsoffensive muss die Politik die finanzielle und personelle Ausstattung für diese Bildungsinhalte im Interesse der Zukunftsvorsorge innerhalb der nächsten 5 Jahre deutlich erhöhen.

Botanische Vereinigungen und Verbände - Garant und Partner für die Umsetzung

Vor dem Hintergrund, dass die Botanik in heute in vielen Naturschutzbehörden nach Meinung der ehrenamtlichen botanischen Vereinigungen nicht mehr ausreichend personell vertreten ist, um die aktuellen Aufgaben auch qualitativ ausreichend zu bewältigen, (so ist etwa in Bayern nur eine einzige Person mit der Koordination und Umsetzung des gesamten botanischen Artenschutzprogramms betraut), stellt sich die Frage nach der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft des Ehrenamtes. Traditionell liegt dessen Stärke darin, die Datengrundlagen zu verbessern und Schutzmaßnahmen anzuregen. Nach wie vor wird den Verbänden aber häufig ein Misstrauen entgegengebracht und angebotene Hilfestellung vielfach abgewiesen.

Forderung

Die personellen und fachlichen Kapazitäten der Vereine müssen verstärkt in die Umsetzung von staatlichen Arten- und Biotopschutzprogrammen integriert werden. Künftig könnten die Verbände und Vereinigungen wichtige Aufgaben etwa bei der Berichtspflicht im Rahmen der FFH-Richtlinie, dem Monitoring oder der Effizienzkontrolle übernehmen.

Die Kernaufgaben der Verbände und Vereinigungen

Die Übernahme von Mitverantwortung zum Erhalt der biologischen Vielfalt durch botanische Feldforschung und die Mitarbeit an konkreten Artenschutzprojekten ist nach wie vor die eigentliche Domäne der Verbände und Vereine. LBV und NABU investieren hier alljährlich bedeutende Summen und stellen viele ehrenamtliche Arbeitsstunden bereit. Größter Schatz sind die vielfach zusammengetragenen Dateien oder Datenbanken. Diese Kenntnisse finden einen unmittelbaren Niederschlag in den Kauf- und Pflegestrategien des jeweiligen

Verbandes oder Vereines. Auch Sondermaßnahmen wie etwa dokumentierte Wiederansiedelungen finden häufig auf vereinseigenen Flächen statt.

Doch erscheint es angesichts der oben dargelegten Situation heute notwendig, die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und das Aufgabenspektrum deutlich zu erweitern. Dazu zählt etwa die ständige Kooperation mit Wissenschaft und Behörden oder die Mitwirkung bei langjährigen Monitoringprojekten z. B. von prioritärer Arten.

Forderung

Die Leistung der botanischen Verbände und Vereinigungen für zentrale gesellschaftliche Aufgaben soll durch die Anhebung von finanziellen Förderungen gesichert werden. Dies betrifft besonders die Übernahme von Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand, wie Bildungsarbeit und Monitoring.

Zusammenarbeit und Informationsaustausch verbessern

In der Bundesrepublik existieren zahlreiche botanische Verbände oder Vereinigungen, die noch zu wenig voneinander wissen und deren Ziele oftmals voneinander abweichen. Unsere Tagung war ein erster Versuch, hier Kontakte herzustellen. Eine größere Resonanz hätten wir uns gewünscht, um die hier vorgestellte Position zu diskutieren. Auch hier sehen wir es als erforderlich an, über das Internet eine ausbaufähige Informationsplattform aufzubauen.

Wir würden uns jedenfalls freuen, wenn sich weitere Vereine an der Ausarbeitung dieser Position beteiligen und an deren Umsetzung mitwirken.

Autoren: Bernd Raab, AK Botanik des LBV, Dr. Christian Berg, Bundesfachausschuss Botanik des NABU